

Haushaltsrede der SPD Fraktion zum Haushalt 2007

Der amerikanische Politiker, Naturwissenschaftler und Schriftsteller Benjamin Franklin hat einmal gesagt: "Es gibt zwei Wege um glücklich zu sein: Wir verringern unsere Wünsche oder vergrößern unsere Mittel. Wenn du weise bist, wirst du beides gleichzeitig tun."

Unsere Wünsche zu verringern, unsere Mittel erhöhen, beides wird nicht einfach werden, aber dies ist die Herausforderung, vor der wir alle gemeinsam stehen und die wir auch annehmen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf macht eine Stellungnahme für die Fraktionen **nicht** leicht.

Unsere Gemeinde ist, wie andere Kommunen auch, allein nicht in der Lage, durch strukturelle Veränderungen ihre Haushaltslage entscheidend zu verbessern. So hat zum Beispiel das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in seinem neuesten Report festgestellt, dass westliche Länder und Kommunen ausgeglichene Haushalte vorlegen und sich sogar harte Rotstift-Maßnahmen ersparen könnten, wenn nicht jährlich rund 70 Milliarden Euro gen Osten fließen müssten. Es sollte nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit der Kommunen entschieden werden. Die aktuellen Zahlungen wurden im Jahr 2001 verabredet. Daran waren Bund und Länder beteiligt. Auch meine Partei hat diese Regelung mit getroffen. Heute müssen wir selbstkritisch feststellen, dass es nicht richtig war, die Belastung der

Kommunen für einen langen Zeitraum - bis 2019 - festzuschreiben, ohne ihre eigene Leistungsfähigkeit dabei angemessen zu berücksichtigen. Seitdem hat sich die finanzielle Lage vieler Kommunen drastisch verändert. Die Annahmen, von denen Bund und Länder damals ausgegangen sind, stimmen nicht mehr. Die Kommunen wären schlicht und einfach überfordert, wenn wir ihnen weiter Lasten in der vereinbarten Höhe aufbürden. Zumal demgegenüber in den ostdeutschen Ländern einige Wirtschaftsregionen deutlich aufgeholt haben.

Die SPD Landtagsfraktion will hier umsteuern. Der Bund muss seine Hilfe auch für strukturschwache Regionen im Westen öffnen. Ebenso müssen die Zahlungen der Kommunen schrittweise gesenkt werden.

An dieser Stelle sollten noch einmal der Deutsche Städtetag und der Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit Bund und Ländern versuchen, einen anderen Rahmen für die sicherlich notwendigen Transferleistungen zu stecken. Im übrigen gebe ich noch zu bedenken, dass die in den östlichen Bundesländern investierten Transferleistungen keinerlei öffentliche Bindungswirkung entfalten, wie hiesige Bundes- und Landeszuschüsse.

Damit Sie wissen um welche Summe es für die Gemeinde Eitorf geht: Wir haben nach dem Solidarbeitragsgesetz in den Jahren ab 1996 bis zum Jahr 2005 die Summe von **6.332.294 Euro** gezahlt.

Da der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede ausdrücklich die Politik der neuen Landesregierung gelobt hat, erlauben Sie mir einige wenige Ausführungen dazu.

Hatte MP Rüttgers noch 2006 als das „Jahr des Kindes“ ausgerufen und fanden anschließend die schlimmsten Kürzungen im Kinder – und Jugendbereich statt, die es jemals in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, droht 2007 das „Jahr der „Städte und Gemeinden“ zu werden. Sie werden mit einem dreistelligen Millionenbetrag zur Kasse gebeten, indem man ihnen Mehrausgaben aufbürdet, aber Einnahmeanteile wegnimmt. In der Schulpolitik, als einem zentralen Feld der Landespolitik, schlägt die Regierung die Betroffenen, die Lehrer, Eltern und Schüler, mit einem neuen Schulgesetz vor den Kopf, das gegen den Rat von fast allen Experten durchgepeitscht wurde. Mit dieser rückschrittlichen Politik werden exakt die falschen Weichen gestellt: Statt für mehr Bildungschancen und eine höhere Bildungsbeteiligung zu sorgen (wie sonst überall in Europa), wird die Selektion im Grundschulalter noch verschärft.

Verbindliche Grundschulempfehlungen und der Wegfall der Schulbezirke führen zwangsläufig zu einer verschärften Auslese. Die Abkopplung des Gymnasiums von den anderen Schulformen durch die Verdichtung von Unterrichtszeit macht einen späteren Schulwechsel praktisch unmöglich. Verlierer sind vor allem Kinder, die ihr volles Bildungspotential erst später entwickeln und Kinder mit Migrationshintergrund sowie aus sozial benachteiligten Familien.

Zu allem Überdross droht 2007 vielen Kommunen die Strangulierung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit durch die Änderung der Gemeindeordnung.

In vielen Gebietskörperschaften haben sich bereits lokale Initiativen, bestehend aus Unternehmen, Betriebsräten, Gewerkschaften, Handwerk und Kommunalpolitik gebildet.

Die Änderungen der Gemeindeordnung, wie z.B. Entkopplung der Wahltermine, Schwächung der Räte u.a. hat nun auch viele CDU Kommunalpolitiker im Rhein-Sieg-Kreis aktiv werden lassen; sie haben sich öffentlich gegen die CDU geführte Landesregierung ausgesprochen. Ich habe den Eindruck, da hat mal wieder der „Schwanz mit dem Hund gewedelt“, was die Änderung der Gemeindeordnung angeht. Das wird sicherlich ein zentrales kommunalpolitisches Thema der nächsten zwei Jahre werden.

Noch zwei Punkte, die uns besonders treffen: Die Mittel für die Schülerbeförderung werden um fast 50 Mio. Euro gekürzt. Beim Weiterbildungsgesetz, damit betroffen unsere VHS, sollen landesweit 18 Mio. Euro eingespart werden.

Man darf gespannt sein, wie das Angebot der VHS noch finanziert werden soll. Diese Frage sollten unsere Vertreter in den Gremien des VHS Zweckverbandes stellen.

Der Haushalt der Gemeinde ist doch genehmigungsfähig; dies ist sicherlich die frohe Botschaft. Als Ursache sind die deutlichen Gewerbesteuerereinnahmen zu nennen. Unsere Wirtschaft hat wieder an Fahrt aufgenommen. Die Beschlüsse der damaligen Regierung Schröder beginnen zu wirken und die Große Koalition legt hier nun nach. Vor Ort danken wir besonders unserem Kämmerer und seinem Team. Er hat viele Gespräche und Telefonate geführt. Er hat viel Überzeugungsarbeit intern und extern leisten müssen, so dass wir heute das Haushaltssicherungskonzept abhaken können. Aber wie ist die Entwicklung in Eitorf?

Wir haben im letzten Jahr die Frage gestellt: Quo vadis Eitorf? Wohin geht der Weg unserer Gemeinde? Diese Frage ist auch im letzten Jahr in vielen wesentlichen Bereichen nicht

beantwortet worden. Wo sind Ihre Vorstellungen und Konzepte Herr Bürgermeister! Die Bevölkerung und der Rat der Gemeinde Eitorf hat ein Recht darauf zu erfahren, wie sich unser Bürgermeister die Zukunft Eitorfs vorstellt!

Ich will Ihnen sagen, Herr Dr. Storch, wo es an Ihrer Amtsführung hapert. Sie entbehrt jedweder Vision. Viele Problembereiche in unserer Gemeinde bleiben unangetastet. Ihr Konzept für die Entwicklung des Innenortes erschöpft sich in inhaltslosen Allgemeinplätzen. Das im Haushalt mit 80.000 Euro veranschlagte Strukturgutachten sollte entsprechend der Zusagen der gewerblichen Bürgerinitiative von diesen mitgetragen werden. Die Erläuterungen und Vorschläge des 1. Beigeordneten K.H. Sterzenbach in der Sitzung des Unterausschusses des APV zu dem Thema „Ortskernentwicklung“ gehen in die richtige Richtung.

Wo wir beim Zentralort sind, lassen sie mich noch eine Anmerkung zu unserem Marktplatz machen. Wir unterstützen mit Nachdruck den Wochenmarktgedanken. Die Verdrängung der Marktstände an den Rand, wie es einige Wochen versucht wurde, hat sich überhaupt nicht bewährt. Es ist falsch den Marktplatz nur für Autos zu reservieren.

Ich will hier den ehemaligen Stadtplaner von Hennef und Dozenten an der FH Köln Klaus Meier Pauken zitieren „Plätze sollen den Menschen gehören und nicht den Autos“. Seine Empfehlungen, die uns aus dem Herzen sprechen lauten: „Die Blechlawine an den Rand drängen“. Der Marktplatz in Eitorf leidet unter der „Last des Blechs“. Dass es auch ohne Autos geht, beweisen viele andere Kommunen; die dann auch attraktive Wochenmärkte präsentieren. Der Marktbetrieb und die Eitorfer Kirmes sind im Haushalt mit Ausgaben von zusammen über 50 TEuro veranschlagt. Hier fordern wir nach Wegen zu suchen, diese Kosten gegen „0“ zu bringen.

Es gab im Zusammenhang mit der „Fachmarkt“ Diskussion das Angebot der Eitorfer Geschäfte die Parkgebühren an Samstagen zu übernehmen. Damals konnte die Verwaltung diese nicht genau beziffern, weshalb diese gute Initiative im Sande verlief. Wir **fragen** daher, wie hoch sind durchschnittlichen Einnahmen an Samstagen und plant die Verwaltung diese begrüßenswerte Initiative das Einkaufen in Eitorf attraktiver zu gestalten, wieder aufzugreifen?

Im Haushalt 2007 fehlen Straßen, die 2006 als reparaturbedürftig erkannt, aber wegen fehlender Mittel nicht repariert werden konnten. Es sollte dringend eine „fortgeschriebene“ Liste erstellt werden, damit immer eine Übersicht über die erforderlichen Reparaturen besteht. Eine solche Liste **beantragen** wir hiermit. Eine Anmerkung zu unserem Parkhaus: Die Überlegungen der Verwaltung statt einer Reparatur für 450 TEuro einen Neubau zu geringeren Kosten in Erwägung zu ziehen werden von der SPD geteilt. Es sollte jedoch geprüft werden, ob eine Überdachung des Parkdecks, welche die Konstruktion so gut schützen würde wie eine neue

Abdichtung, eventuell günstiger käme. Wir bitten um einen Bericht im zuständigen Ausschuss.

Eine vernünftige Anbindung der zahlreichen Aussenorte an unser Zentrum fehlt immer noch und wird gar nicht erst angegangen. Ihr Kollege aus Lohmar und ihre Kollegin aus Meckenheim haben diesem Anliegen mit der Schaffung eines Bürgerbusses entsprochen. Der Antrag war auch in Eitorf da. Er wurde aber halbherzig von Ihnen, Herr Bürgermeister, begleitet und ist nicht umgesetzt worden.

Wir vermissen immer noch ein Gesamtkonzept zu unserem Hallen-, bzw. Freibadbereich. Die SPD Fraktion hat vor Jahren einen entsprechenden Antrag gestellt, jetzt erst sieht man erste Bestrebungen hier aktiver tätig zu werden, nachdem uns, um im Bild zu bleiben „das Wasser bis zum Halse steht“.

Uns ist allen klar, dass nach einem Wegfall der Fördergelder durch die Hermann Weber Stiftung die Kosten kaum noch auszugleichen sind. Diese Situation wird durch die steigenden Energie- und hohen Personalkosten weiter verschärft. Die von der SPD mit initiierte Planung in der Heizzentrale für das Hermann Weber Bad und das Gymnasium ein BHKW einzubauen, sind ein wichtiger Baustein den Anstieg der Energiekosten zu bremsen. Leider ändert das nichts an der kritischen Gesamtsituation. Wir wollen eine Attraktivitätssteigerung des gesamten Badareals, auch unter Einbeziehung des alten Freibadgeländes. Hier sind Sie, Herr Dr. Storch unmittelbar gefordert und wir erwarten realisierbare Vorschläge.

Sie, Herr Dr. Storch, schmücken sich gerne damit ein Bürgermeister zu sein, der ein Anwalt aller Eitorfer Bürger ist. Ihr ganzes Streben gilt der Repräsentation, vor allem Ihrer

eigenen. Dass ein Bürgermeister den Kontakt zu den Menschen nicht verliert, ist ohne Zweifel wichtig und zu begrüßen. Dies muss sich aber auch auf alle Menschen in unserer Gemeinde beziehen. Bei der Lektüre Ihrer Haushaltsrede finde ich beispielsweise einen Satz, der deutlich zeigt, was Sie von einem großen Teil unserer Bevölkerung tatsächlich halten. Ich spreche hier von jenem Abschnitt, den Sie unseren arbeitslosen Mitbürgern gewidmet haben. Wörtlich sagen Sie über diejenigen, die mit einer Arbeitsgelegenheit ihren Weg in den ersten Arbeitsmarkt finden sollen, dass diese bedauernswerten Menschen wieder „Tugenden wie Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Sauberkeit“ erlernen sollen.

Hier wird suggeriert, dass ein Großteil unserer Arbeitslosen unzuverlässig, unpünktlich und auch schmutzig ist. Hier bedienen Sie vor allem das Vorurteil, dass unsere Arbeitslosen an Ihrem Schicksal selber Schuld tragen.

Als Bürgermeister mit den höchsten Arbeitslosenzahlen im gesamten Kreis, sollten Sie mit solchen Äußerungen sehr vorsichtig sein.

Denken Sie an Schoeller. Diese Menschen, Herr Dr. Storch sind mit ihrem Schicksal gestraft genug. Das letzte was sie benötigen, sind solche Äußerungen. Und erlauben Sie mir hierzu eine letzte Bemerkung: Statt in den Mertener Siegauen sozialen Wohnungsbau für verirrte Störche zu betreiben, sollten Sie sich lieber um Ängste und Nöte derjenigen kümmern, die ihre Hilfe tatsächlich benötigen.

Kommen wir nun mit der Sozialpolitik und speziell der Jugendhilfe zu einem weiteren politischen Schwerpunkt der SPD Fraktion. Mit Überschriften wie „Katastrophaler Zustand

der Jugendhilfe an der Oberen Sieg in Eitorf und Windeck“ titelte vor rund einem halben Jahr die Presse, nachdem erstmals seit Eröffnung des Jugendhilfezentrums Herr Römer als Leiter seine Bestandsaufnahme sowohl hier im Eitorfer Fachausschuss als auch im Jugendhilfeausschuss des Kreises vorgelegt hatte. Der Bericht über die Entwicklung aus Sicht unseres Jugendhilfezentrums hätte für die Politik eigentlich nicht überraschend sein dürfen, da wir nun alle seit Jahren mit den strukturellen Problemen an der Oberen Sieg und in Eitorf befasst sind. Die Arbeitsmarktsituation in Eitorf und die entstehenden Folgen sind seit Jahren politische Schwerpunkte im Handeln meiner Fraktion. Notwendige Folge gerade auch der Arbeitslosigkeit und von ihr betroffener Familien und vor allem der Kinder und Jugendlichen ist, dass nach und nach eine nachhaltige problematische Entwicklung einsetzt, die über die Armut der Familien und Kinder zum Herausfallen aus dem sozialen Umfeld führt. Sie alle wissen, wovon ich rede. Gleichwohl herrschte selbst bei den Fachpolitikern hier in Eitorf wie im Kreis eine ungeheure Betroffenheit über das konkrete Ausmaß der bereits entstandenen Entwicklung und die vom Leiter des Jugendhilfezentrums exemplarisch geschilderten Einzelschicksale; eine Betroffenheit, die in den vergangenen rund sechs Monaten zu einem umfassenden Hilfskatalog geführt hat. Hierbei wurden auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, die es ermöglichten, der furchtbaren Entwicklung in der Jugendhilfe hier in Eitorf wirksam entgegenzutreten. Bereits in meiner Rede zum Haushalt des letzten Jahres hatte meine Fraktion mit Anträgen zur Schaffung eines Familienzentrums in Eitorf zur Bündelung aller Hilfen und der Verstärkung sogenannter niederschwelliger Angebote wichtige Schritte eingeleitet.

Ergänzend wurden im Fachausschuss im vergangenen Jahr umfassende konzeptionelle Überlegungen eingeleitet. Nur eine Gesamtkonzeption der Kinder- und Jugendarbeit maßgeschneidert auf die Eitorfer Verhältnisse wird wirksam die Zustände bessern können. Die Vorarbeiten sind bereits zu einem guten Teil auf den Weg gebracht. Hierzu zählt die intensive Analyse der bei den verschiedenen Trägern und dem Jugendhilfezentrum bereits bestehenden Hilfestellungen in Eitorf.

Hierzu zählt die Grobplanung für die dringend erforderliche räumliche Erweiterung unseres Jugendcafes am Gymnasium. Von anderen lernen ist aktuell die Haltung. Von daher wird der Fachausschuss sich in Kürze die Räumlichkeiten der Jugendzentren in Much und Rosbach ansehen, um die von der Verwaltung vorgelegten Raumkonzepte auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen zu können. Hierzu zählt aber auch die parallele Überlegung, ob man den Gesamtbereich der Jugendarbeit nicht auf einen freien Träger überträgt. Die Vorschläge in der Januarsitzung des Fachausschusses, die Herr Römer vorgestellt hat gehen in die richtige Richtung.

Aus Sicht der SPD Fraktion muss nun das Gesamtpaket der in Angriff genommenen Maßnahmen fortlaufend auf seine Wirksamkeit überprüft werden. Hierzu ist es notwendig, bei der Gemeindeverwaltung und dem Jugendhilfezentrum ein professionelles Fachcontrolling durchzuführen, das monatlich die Wirksamkeit der Hilfen und zusätzlich erforderliche Maßnahmen in diesem Bereich überprüft.

Da das Jugendhilfezentrum in der Zuständigkeit des Rhein-Sieg-Kreises steht, **beantragt** die SPD Fraktion, ein solches Fachcontrolling bei der Gemeindeverwaltung anzusiedeln, die

ohnehin in ständiger Kooperation mit dem Jugendhilfezentrum steht und damit mithelfen kann, die gemeinsame Verantwortung von Kreis und Gemeinde hier vor Ort zu klammern. Lassen Sie mich zu dieser Problematik feststellen: In den letzten 8 Monaten hat sich in diesem Bereich mehr bewegt, als in vielen Jahren zuvor. An dieser positiven Entwicklung hat einen guten Anteil unser zuständiger Amtsleiter Heinz-Willi Keuenhof mit seinem Team, der die politischen Prozesse mit Sensibilität und Einsatz begleitet und umzusetzen hilft. Dank sagen möchte ich aber auch dem gesamten Fachausschuss, unter Leitung des Vorsitzenden Ulrich Duldhardt.

Aufgreifen wird die SPD Fraktion auch die bereits vor Jahren im Fachausschuss einstimmig beschlossene, dann aber von der Allmacht des früheren CDU Fraktionsvorsitzenden Schmidt wieder kassierte Entscheidung, in Eitorf ein Kinder- und Jugendparlament einzuführen. In vielen Gemeinden des Kreises und darüber hinaus, hat sich die frühzeitige Beteiligung der Interessen von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen über ihre Belange als vorteilhaft erwiesen. Kinder und Jugendliche lernen politische Entscheidungsprozesse frühzeitig kennen und lernen, dass sie mit ihren Anliegen ernst genommen werden. Kinder und Jugendliche erhalten ein Forum, dass natürlich von uns begleitet werden muss, um nicht unerfüllbare Hoffnungen zu wecken, aber vor allem auch um Erklärungen zu erhalten, warum das Eine oder Andere eben nicht realisierbar ist. Gleichzeitig versprechen wir uns auch- was Erfahrungen anderer Kommunen bestätigt haben- unmittelbare Anregungen, wie man gleichwohl- vielleicht durch kleine Lösungen- den Interessen der Kinder und Jugendlichen

gerecht werden kann. Vor dem Hintergrund der geschilderten Situation im Bereich der Jugendhilfe kann hierdurch unserer Auffassung nach ein weiterer wichtiger Schritt für unseren Nachwuchs eingeleitet werden.

Die SPD Fraktion stellt hiermit den **Antrag**, die notwendigen Schritte für die Einführung eines Kinder- und Jugendparlaments im Fachausschuss JASA zu beraten und Vertreter aus Kommunen mit einer entsprechenden Institution einzuladen, um das Kinder – und Jugendparlament vorzustellen.

Die Eitorfer Schulpolitik ist ein weiteres Feld, bei dem ich an die letzten Sätze anknüpfen darf. Die Eitorfer Schullandschaft hat sich in den vergangenen 2 Jahren intensiver entwickelt, als dies über Jahre hinweg zuvor geschehen ist. Mit der Offenen Ganztagsgrundschule an der Brückenstrasse haben wir ein erfolgreiches Modell dieser Schulart installiert. Für die Hauptschule und das Gymnasium haben wir im vergangenen Jahr Ausbaukonzepte entwickelt, die einerseits dem dringenden Sanierungsbedarf und zusätzlichem Raumbedarf beider Schulen Rechnung tragen, die andererseits aber auch für den naturwissenschaftlichen Bereich beider Schulen die notwendige zeitgemäße Ausstattung zur Verfügung stellen. Die Investitionen, die wir hier auf den Weg gebracht haben, werden unseren Gemeindehaushalt stark belasten. Wir als SPD Fraktion werden diesen Weg aber konsequent weiter gehen, da wir jeden Euro für unsere Schulen und Schülerinnen und Schüler als Investition für die Zukunft und wichtigen Standortvorteil für Eitorf sehen. Alles was wir hier sparen, sparen wir am falschen Ende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
mit der Verabschiedung dieses letzten kameralistischen
Haushalts treffen wir Entscheidungen für die Zukunft unserer
Gemeinde. Mit unserer Zustimmung zum Haushalt
dokumentieren wir unseren Sparwillen und unser Bemühen
um die Sanierung der gemeindlichen Finanzen.

Jetzt ist sicherlich auch der richtige Moment allen
Bediensteten der Gemeinde herzlich zu danken.

Lassen Sie mich versöhnlich enden: Vor ungefähr 189 Jahren,
im März 1818, wurde Friedrich Wilhelm Raiffeisen gar nicht
so weit weg von hier geboren; wenn Sie so wollen, ein echter
Genosse. Von ihm stammt die gleichermaßen einfache wie
verpflichtende Erkenntnis: "Was dem einzelnen nicht möglich
ist, das vermögen viele."

Übertragen auf diesen Gemeinderat und unsere Verwaltung
bedeutet dieses: Wir sollten nicht nur nach dem Trennenden
suchen, sondern vielmehr alles dafür tun, dass wir gemeinsam
im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die erforderlichen
Grundlagen für eine nachhaltige und perspektivische
Gemeindeentwicklung in Eitorf erarbeiten und prägen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Dietmar Tendler

Vorsitzender der SPD Fraktion